

## **Presseinformation**

95/2011

Kiel, 7. März 2011

**DIE LINKE gratuliert allen Frauen zum 100. Internationalen Frauentag. „Wir haben viel erreicht, aber für tatsächliche Gleichberechtigung müssen wir weiter kämpfen.“**

**Kiel/Berlin.** Cornelia Möhring (MdB), Ranka Prante (MdL) und Jannine Menger-Hamilton (Landessprecherin) gratulieren allen Frauen zum 100. Internationalen Frauentag.

„Der Internationale Frauentag ist entstanden im Kampf um Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen. 100 Jahre später haben wir das Wahlrecht erstritten, die Gleichberechtigung ist im Grundgesetz verankert. Dennoch: Ob es um prekäre Arbeitsverhältnisse geht, die unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen, die in Deutschland weit über dem Durchschnitt der Europäischen Union liegt, um sexistische Frauenbilder in der Werbung oder Gewalt gegen Frauen: Der Weg, den wir bis zu einer tatsächlichen Gleichberechtigung gehen müssen, ist noch lang“, sagt Cornelia Möhring, schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete und frauenpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag.

„In Schleswig-Holstein ist im Rahmen der aktuellen Haushaltsberatungen in keinem Bereich so viel gekürzt worden, wie in den Bereichen, die Frauen betreffen. Vier Mädchentreffs wurden bereits geschlossen, Frauenhäuser wie die in Wedel und Lübeck stehen vor dem Aus. Die Landesregierung legt den Frauen in Schleswig-Holstein unaufhörlich Steine in den Weg und versagt jegliche Hilfe und Unterstützung. Schwarz-gelbe Politik ist frauenfeindlich und unsozial. Dieser Politik werden wir weiterhin unseren Widerstand entgegensetzen“, sagt Ranka Prante, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Jannine Menger-Hamilton, Landessprecherin der LINKEN Schleswig-Holstein ergänzt:

„DIE LINKE wird auch weiter dafür kämpfen, dass Frauen gleiche Bildungschancen bekommen, die gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit und ein angstfreies Leben. Ein notwendiges Instru-

ment ist dafür die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes in Höhe von zehn Euro, denn von Niedriglöhnen sind überproportional viele allein erziehende Frauen betroffen. Eine Frauenquote für Spitzenpositionen bleibt weiterhin notwendig. Aber gleichzeitig darf diese Diskussion nicht davon ablenken, dass Frauen in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens weiterhin benachteiligt werden. Für die tatsächliche Gleichberechtigung müssen wir weiter kämpfen.“